

II-1605 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 814 /J

A n f r a g e

1984 -06- 15

der Abgeordneten Dr. Lenzi, Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner,
Dipl. Vw. Tieber, Mag. Guggenberger

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle

In der Zeit vom Freitag, den 8. bis Pfingstmontag den 11. Juni 1984, 24.00 Uhr, kamen nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres bei insgesamt 718 Unfällen auf Österreichs Straßen 43 Menschen ums Leben und 980 wurden verletzt. Allein am Pfingstmontag verunglückten 7 Menschen auf unseren Straßen. Zum Pfingstwochenende wurde 395 Lenkern von KFZ der Führerschein vorläufig abgenommen und tausende Lenker wurden wegen Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit angezeigt bzw. bestraft.

Als Ursachen für diese katastrophale Unfalbbilanz wurden folgende Kardinalfehler festgestellt:

Unangepasste Geschwindigkeit, Alkoholisierung und hohe Risikobereitschaft.

Die dargelegten Fakten erfordern dringend Maßnahmen, die geeignet sind, dieser negativen Entwicklung erfolgreich zu begegnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e n:

1. Welche legistischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im verstärkten Kampf gegen die vielen Straßenverkehrsunfälle zu setzen?

- 2 -

2. Welche administrativen und organisatorischen Maßnahmen will die Bundesregierung hinsichtlich der Verbesserung der Verkehrssicherheit ergreifen?
3. Ist die Bundesregierung bereit, ein zielführendes Verkehrserziehungskonzept zu erarbeiten und sodann zu realisieren?
4. Gedenkt die Bundesregierung ein Verkehrssicherheitskonzept für den Straßenverkehr zu erstellen und sodann zu verwirklichen?
5. Was gedenkt die Bundesregierung speziell gegen die Vielzahl alkoholisierter Lenker zu unternehmen?
6. Welche sonstigen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur drastischen Begrenzung der Verkehrsunfälle zu ergreifen (z.B. Geschwindigkeitsreduzierungen auf nasser Fahrbahn oder bei Nacht, Nachtfahrverbote, vorläufigen Führerscheinentzug, strengere Bestrafung der Autoraser)?
7. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um einen wirksameren Einsatz der Straßen-Exekutivorgane und eine bessere Überwachung des Straßenverkehrs zu gewährleisten?